

AUS UNSEREM
PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND

Der Islam gehört nicht zu Deutschland

In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als allein-gültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder in unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch, zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisieren.

Kritik am Islam muss erlaubt sein

Religionskritik, auch Kritik am Islam, ist im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Religiöse Satire und Karikaturen sind ebenfalls von der Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt. Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder gar „Rassismus“.

Auslandsfinanzierung von Moscheen beenden

Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner soll unterbunden werden. Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, gemäß dem es außer dem islamischen Allah keinen anderen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.

Keine öffentlich-rechtliche Körperschaft für islamische Organisationen

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.

Keine Vollverschleierung im öffentlichen Raum

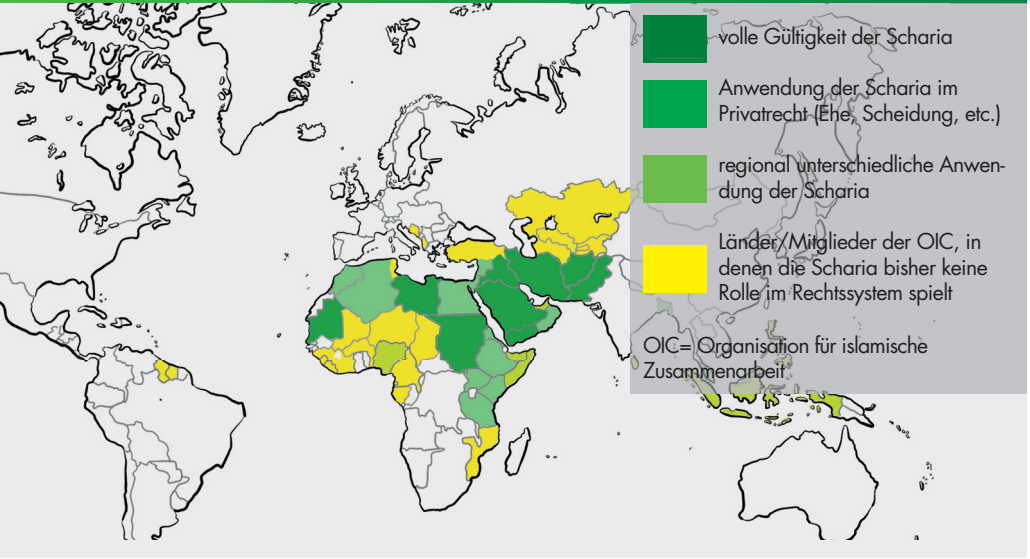
Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst. Burka und Niqab errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit die kulturelle Integration und das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein Verbot ist daher notwendig und nach einem Urteil des EuGH auch rechtmäßig. Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden. In Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell. Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politischem Zeichen der Unterordnung von muslimischen Frauen unter den Mann.

DIE SCHARIA IST EINE GEFAHR FÜR
UNSEREN RECHTSSTAAT

In fast allen islamischen Staaten basieren Verfassung und Gesetze auf der Scharia. Länder, in denen die Scharia volle Gültigkeit besitzt, sind vor allem: Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Jemen, Sudan und Mauretanien. In den übrigen islamischen Staaten gilt die Scharia mindestens als Leitlinie für das Zivilrecht. Die Scharia ist ein großes Hindernis für die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Christen, Juden und Homosexuelle werden mit Gewalt bedroht und Frauen unterdrückt.

Die Scharia hat schon heute in Deutschland einen viel stärkeren Einfluss, als viele glauben. Die Scharia schafft praktisch einen fundamentalistischen Staat im Staate. Mit der Einwanderung von Millionen von Muslimen kommen auch die Autoritäten aus ihren Heimatländern, die Scharia-Richter und Scharia-Gerichte. Diese sprechen hinter verschlossenen Türen Recht. In vielen muslimischen Gemeinden gibt es bereits eine Schattenjustiz. Oft wird diese Schattenjustiz von den Moscheen organisiert. In immer mehr Vierteln zwischen Paris, Brüssel und Berlin gelten inzwischen ganz andere Regeln, als die unseres liberalen Rechtsstaates. Polizei und Justiz verlieren die Kontrolle. Unsere westlichen Gesellschaften werden systematisch unterwandert.

LÄNDERÜBERSICHT SCHARIA



„DER ISLAM GEHÖRT
ZU DEUTSCHLAND.“

Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin

WIR MEINEN:

„NEIN, DER ISLAM GEHÖRT NICHT ZU DEUTSCHLAND!“

Deutschland ist ein säkulares Land mit einem liberalen Rechtsstaat. Dieser hat für alle Gültigkeit, die hier leben. Wenn der Rechtsstaat durch islamische Parallelgesellschaften und die Scharia-Justiz ausgehöhlt und unterwandert wird, dann ist unsere Freiheit bedroht. Die Regeln und Gesetze müssen für alle gelten.

Politik und Justiz versagen darin, unsere Regeln und Gesetze konsequent durchzusetzen. Deshalb müssen wir Bürger gemeinsam fordern, dass unser Rechtsstaat durchgesetzt wird und dass Scharia-Recht und Scharia-Richter mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. **Deutschland ist ein freies Land und muss es bleiben!**

Was meinen Sie?

„Ändern Sie nicht Ihre Meinung - ändern Sie die Politik!“



V.i.S.d.P. Corinna Miazga, MdB,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin



MUSLIMISCHE PARALLELGESELLSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND

Geschätzt 5 Millionen Muslime leben in Deutschland, davon rund 3 Millionen Türken. In Großstädten haben sich Parallelgesellschaften gebildet mit eigener Kultur und einer Schattenjustiz durch muslimische „Friedensrichter“, die Streitfälle aller Art, auch Mord und andere Schwere Kriminalität, gemäß der Scharia „schlichten“. Polizei und Justiz werden also gezielt umgangen.

47% aller Türkischstämmigen halten die Gebote des Islam für wichtiger als die Gesetze des Staates. 32% wünschen sich die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Mohammeds Zeiten.*

Die AfD setzt sich für die Bewahrung des freiheitlich-demokratischen und säkulären Rechtsstaats ein. Sie fordert, das staatliche Recht als allein gültig anzuerkennen und das Staatsmonopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung durchzusetzen.

* vgl. Emind-Umfrage für die Uni Münster vom 16.06.2016

DER ISLAM UND DIE SCHARIA

Was ist die Scharia?

Mit Millionen muslimischer Zuwanderer ist das islamische Recht, die Scharia, nach Deutschland gekommen:

Die Scharia ist das von Gott (Allah) gegebene religiöse Gesetz des Islam.

Es beruht nicht auf demokratischen Gesetzen, sondern auf dem **Koran** und religiöser Überlieferungen (**Sunna**). Das islamische Recht kennt keine Trennung von Staat und Religion wie unser freiheitlicher Rechtsstaat. Für viele Muslime ist das islamische Recht die höchste Rechtsinstanz. Es umfasst insbesondere Strafrecht und Zivilrecht sowie das Familienrecht. Nicht-Muslime und Frauen werden von der Scharia wie Menschen zweiter Klasse behandelt.

Über das Erb-, Ehe- und Familienrecht dominiert der Mann die islamische Gesellschaft.

Zwangsheirat, Vielehen und sogar Kinderehen sind weitere Bestandteile der Scharia. Das islamische Strafrecht praktiziert in seiner vollen Anwendung brutalste Körperstrafen. Untreue Ehefrauen können gesteinigt, Ungläubige und Glaubensabtrünnige gehängt, Homosexuelle ausgepeitscht und Diebe verstümmelt werden.

Die Rechte von Nicht-Muslimen müssen die Muslime nur achten, solange sie selbst in der Minderheit sind. Sobald sie die Mehrheit haben, sind sie berechtigt, die Nicht-Muslime zu unterwerfen.

Die Scharia in Europa

Mit den muslimischen Migranten sind auch die **Scharia-Gerichte** nach Europa gekommen. In Großbritannien gibt es bereits mindestens 85 solcher Scharia-Gerichte - und zwar ganz offiziell! Sie regeln Familien- und Erbschaftsangelegenheiten und verfestigen damit die auf anderen Werten basierende islamische Gesellschaftsordnung. Sie bilden auf diese Weise die Basis für eine islamische Parallelgesellschaft. Die britische Regierung hat dies jahrelang ignoriert und nichts unternommen. Jetzt versucht sie, ihren Kurs zu ändern und hat eine Kommission einberufen.

In Deutschland agieren Scharia-Gerichte bisher noch inoffiziell. Aber die Scharia nimmt immer mehr Einfluss auf die deutsche Rechtsprechung. So wenden deutsche Gerichte bei Scheidungen und in Erbrechtsfällen von Muslimen mitunter die Scharia an. Deutsche Gerichte haben z.B. schon Kinderehen und Zweitfrauen anerkannt! In Dänemark haben muslimische Lobbygruppen (z.B. „Ruf des Islam“) sogar schon die Einführung von „Scharia-Zonen“ gefordert, also nichts weniger als die Einforderung eines **Kalifats** für einzelne von Muslimen bewohnten Regionen.

DIE STELLUNG DER FRAU IM ISLAM

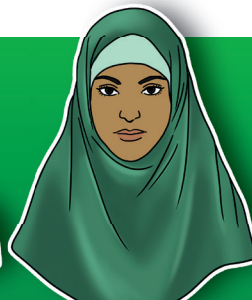
Frauen haben nach dem Koran mindere Rechte und sind dem Mann untergeordnet. Wenn sie dem Ehemann nicht gehorchen, sollen sie nach Ermahnung geschlagen werden. Auch Minderjährige werden oftmals zwangsverheiratet. Gehen Muslimas eine Beziehung zu einem „Ungläubigen“ ein, sind drastische Strafen, im Extremfall ein „Ehrenmord“ zu befürchten.

Polygamie wird durch Imam-Ehe ohne vorherige standesamtliche Trauung ermöglicht. Viele Muslimas außerhalb ihrer islamischen Länder leben isoliert nur in ihrer Familie, verfügen über geringe Bildung und kaum Sprachkenntnisse des Landes, in dem sie leben.

Hijab



Chador



Niqab



Burqa



Burka- und Niqabträgerinnen sind nicht selten in den Straßen zu sehen. Orthodoxe Muslimas tragen mindestens ein Kopftuch (Hijab), denn die Scharia gebietet die Verschleierung. Junge Mädchen werden oft von Klassenfahrten oder vom Schwimmunterricht mit Verweis auf den Islam befreit.

Aufgrund einer höheren Geburtenrate von Muslimen im Vergleich zu Nicht-Muslimen nimmt die Zahl der Muslime in Deutschland kontinuierlich zu. Auch die unkontrollierte Einwanderung über eine verfehlte Asylpolitik sowie der Familiennachzug tragen wesentlich zum Anwachsen des muslimischen Bevölkerungsanteils bei. Es ist absehbar, dass eingebürgerte und wahlberechtigte Muslime in wenigen Jahren einen entscheidenden Einflussgröße in der Politik sein werden.

Die AfD will der demografischen Fehlentwicklung in der einheimischen Bevölkerung entgegensteuern und effektive Maßnahmen gegen eine irreguläre, konfliktträchtige Masseneinwanderung ergreifen. Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland. Im Multikulturalismus sieht die AfD eine ernste Gefahr für den Fortbestand unserer eigenen und heimischen Kultur.

MOSCHEEN IN DEUTSCHLAND

Das Wort „Islam“ bedeutet Unterwerfung. Der orthodoxe Islam gliedert die Welt in „Dar al-Islam“ (Haus der Unterwerfung bzw. des „Friedens“) und „Dar al-Harb“ (Haus des Krieges). In der Diaspora leben Muslime als Minderheit im „Haus des Krieges“ und sollen danach trachten, die Mehrheit und damit die Herrschaft zu erlangen. Zur Umsetzung des Herrschaftszieles gehört auch, dass islamische Staaten, vor allem Saudi-Arabien und die Emirate, in zunehmendem Maße durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten. So steigern sie ihre Einflussnahme auf unser Land und gefährden die Integration von hier lebenden Muslimen in unsere

Gesellschaft. Diesen Tendenzen tritt die AfD entschieden entgegen und warnt eindringlich vor der Gefahr rechts- und verfassungswidriger Indoktrination durch insbesondere aus dem islamischen Ausland entsandte Imame.

Der Islam ist auf seinem selbst erklärten Weg zur Weltherrschaft bereits bei 57 von 190 Staaten angelangt. Diese haben in der Kairoer Erklärung von 1990 die Scharia zu ihrem verbindlichen Rechtssystem erklärt, indem sie die UNO-Menschenrechtscharta von 1948 unter Vorbehalt der Scharia gestellt haben. Auch darin liegt eine selbsterklärende Bestätigung der Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Verfassung.

Die AfD lehnt einen islamischen Herrschaftsanspruch ab. Sie befürwortet hingegen die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit sowie die Freiheit der Religionsausübung nur im Rahmen der staatlichen Gesetze.

GEWALT UND TERROR

Hannover, Essen, Würzburg, Ansbach und Berlin - der Terror hat nun auch Deutschland erreicht! Weitere geplante Anschläge sind nur durch die Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden und glückliche Zufälle verhindert worden. „**Der Islam ist keine Religion des Friedens**“, sagte der bekannte Autor und Islamkritiker Hamed Abdel-Samad bereits Ende 2015 in einem Zeitungsartikel und der türkische Schriftsteller Zafer Denocak erklärte bereits 2007 in der WELT, „Der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt **direkt aus dem Koran!**“

Die AfD fordert eine strenge Personenkontrolle an unseren Grenzen. Zurückkehrenden IS-Dschihadisten ist die Einreise genauso zu verweigern wie Personen ohne gültige Ausweispapiere und Asylbewerbern, die aus einem sicheren Drittstaat kommen. Terrorverdächtige im Inland müssen konsequent überwacht und strafrechtlich verfolgt werden.